Antidiskriminierungsgesetz in NRW: Viel Kritik am geplanten LADG

Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) will die schwarz-grüne Landesregierung ein Versprechen aus ihrem Koalitionsvertrag umsetzen. Für die Grünen ist es ein Herzensprojekt, in der CDU haben hinter vorgehaltener Hand indes viele Bauchschmerzen mit dem Gesetzesvorhaben, während Wohlfahrtsverbände den Vorschlag begrüßen. Kritik am LADG kommt vor allem von Polizei, Justizvollzug und von Lehrkräften – Berufsverbände fürchten eine Beweislastumkehr und sogenannte Revancheanzeigen mithilfe des neuen Gesetzes. Sabine Mistler vom nordrhein-westfälischen Philologenverband befürchtet durch das Gesetz einen Vertrauensverlust gegenüber Lehrerinnen und Lehrern. „Das können wir nicht zulassen“, sagt die PhV-Landesvorsitzende im Interview mit dem WDR. Ab 1. September 2026 soll das LADG trotz aller Kritik gelten .

Der WDR berichtet darüber am Sonntag, 7. Mai 2026, in der Sendung Westpol (Beitrag ab Minute 11.20).